



Wechsel in der Polizeispitze ist das eine, die dringend notwendige Lösung von bestehenden Problemen das andere!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Anfang Mai ist die neue Landesregierung 70 Tage im Amt und dabei, sich in der neuen Rolle zu finden. Man sagt, dass in den ersten 100 Tagen entscheidende Maßnahmen getroffen werden müssen.

Wir als GdP haben seit dem Regierungswechsel mehrere Gespräche mit Innenminister Pistorius, Staatssekretär Manke, Finanzminister Schneider, den Innenpolitikern der Landtagsfraktionen sowohl der SPD und Grünen, als auch mit Abgeordneten der CDU geführt. Anfang Mai gibt es ein erstes Treffen in der Staatskanzlei, um mit Ministerpräsident Weil zu diskutieren und der Staatssekretär im Sozialministerium, Jörg Röhmann, besucht die GdP, um sich mit uns über Senioren-, Frauen- und Jugendfragen auszutauschen. Diese Gespräche haben alle nur einen Grund, nämlich die Situation für die Polizeibeschäftigten zu verbessern und für die anstehenden Haushaltsberatungen etwas für die Polizei herauszuholen. Wir werden sehen, in welcher Dimension und welchem Zeitraum das gelingen wird. Fest steht jedenfalls, dass viele Mitglieder der jetzigen Regierung und Regierungsfractionen vor der Wahl selber Zusagen getätigt haben, die mit unseren Forderungen in entscheidenden Punkten übereinstimmen und die sie erfüllen müssen, wollen sie ihre Glaubwürdigkeit behalten. Insofern bleibt die Erwartungshaltung hoch.

Am 3. April hat der Innenminister für Aufsehen gesorgt. Aufgrund eines an diesem Mittwoch in der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) veröffentlichten Berichts, hat Pistorius noch am gleichen Tag eine Pressekonferenz einberufen und personelle Wechsel in der polizeilichen Führungsspitze bekanntgegeben. Nicht jede Veränderung war vorhersehbar und mindestens eine kam für fast alle sehr überraschend. Aber dass es Wechsel geben würde war jedem klar, wurde von vielen erwartet, erhofft oder sogar gefordert. Das Amt des politischen Beamten bedingt, dass eine Regierung Wechsel



durchführen kann und, um sich inhaltlich anders aufstellen zu können, dies manchmal auch gemacht werden muss.

Viele sagen, dass die Entscheidungen des vorherigen Innenministers, die die Polizei entzweit haben und wir als GdP stets kritisierten, ja auch von etlichen Verantwortlichen mitgetragen wurden oder in der Organisation zumindest keine Gegenbewegung erkennbar war. Deshalb gab es immer wieder auch Forderungen aus der Polizei, im Falle eines Regierungswechsels alle politischen Beamten abzulösen. Das hat der neue Innenminister indes nicht getan. Die neuen Präsidenten sind jetzt bereits im Amt. Wir wünschen allen gutes Gelingen und haben unseren Gratulationen die notwendigen Forderungen angehängt und Unterstützung eingefordert.

Völlig überraschend war die Berufung des langjährigen GdP-Landesvorsitzenden und bis zu seiner Ernennung amtierenden Bundesvorsitzenden der weltweit

größten Polizeigewerkschaft, Bernhard Witthaut. Wir sind als Organisation sehr stolz über die Berufung von Bernhard Witthaut durch den Innenminister und werten dies auch als Anerkennung für unsere Organisation. Mit Frank Richter in NRW und Hugo Müller im Saarland sind im letzten Jahr weitere ehemalige GdP-Funktionsträger auf Bundesebene in hochrangige polizeiliche Funktionen berufen worden. Bernhard Witthaut hat sich über 20 Jahre in unterschiedlichen Funktionen auf Landes- und Bundesebene für alle Kolleginnen und Kollegen starkgemacht und im wahrsten Sinne des Wortes reingehängt. Er war in allen Medien für die GdP präsent und auch für die Polizei aktiv, meistens bedacht und überlegt, aber natürlich auch hart in der Sache. Nicht plump und populistisch, wie ein anderer von einer kleinen „blauen“ Organisation, der meint, für die Polizei sprechen zu können.

Klar gibt es auch wieder Kritiker in dieser Angelegenheit, das ist normal. Es gibt halt viele Neider, aber natürlich auch Kollegen/-innen, die das nicht verstehen können, dass ein Spitzengewerkschafter zurück in dienstliche Funktionen wechselt, ohne sich verbiegen zu müssen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass das gutgehen kann. Dieser Seitenwechsel ist ja keine Gesinnungsrotation. Bernhard und ich haben in der Sache natürlich telefoniert, die Entscheidung konnte ihm aber niemand abnehmen, die hat er alleine getroffen. Der geschäftsführende Landesvorstand und ich persönlich freuen uns darüber, weil wir mit ihm nunmehr im neuen Amt einen Verbündeten mehr für unsere Forderungen gegenüber der Politik haben werden und er die Zusammenhänge und Gründe auch gut erklären kann. **Glück auf Bernhard!**

Die von Innenminister Pistorius vorgestellten und durch die Landesregierung am 9. April beschlossenen personellen Entscheidungen sind das eine und nur

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

wenig wert, wenn es jetzt nicht Lösungen für die vielfältigen Probleme innerhalb der Polizei gibt oder sie nicht zumindest angegangen werden.

Einiges ist nach den von uns geführten Gesprächen auch schon passiert, es bleibt beim gemeinsamen Studium, die Direktversetzungen wurden gestoppt, die seit 2005 angehäuften Bereitschaftszeiten sollen abgegolten werden, Stellenhebungen werden in die Beratungen für den nächsten Haushalt eingebracht, die Beur-

teilungen für den h. D. werden ausgesetzt und eine Arbeitsgruppe, u. a. mit der GdP, wird installiert, die sich mit dem derzeitigen völlig unbefriedigenden Beurteilungssystem auseinandersetzt und hoffentlich zu einer guten Lösung kommen wird, die Restriktionen des A11-Erlasses werden zurückgenommen und die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalräte sollen gestärkt werden. Auch die 1:1-Übernahme des Tarifiergebnisses für 2013 auf den Beamtenbereich ist positiv zu bewerten, auch wenn wir dies natürlich erwarten. Und für 2014 sind wir im Gespräch und fordern die Übertragung selbstverständlich auch ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Maßnahmen sind alles Forderungen, die die GdP vor der Wahl erhoben hat. Wenn sie nunmehr umgehend erfüllt werden

oder angegangen werden sollen, warum sollten wir dann kritisieren. Wir finden es in Anbetracht dieser schnellen Entscheidungen sehr verwunderlich, wenn ein Verband knapp einen Monat nach der Wahl feststellt, „... dass nichts angepackt, geschweige denn bessergemacht wurde“. Das kann die GdP aufgrund der oben skizzierten Maßnahmen nicht bestätigen. Natürlich muss noch mehr gemacht werden, das Notwendige steht ja auch weiterhin in unserem Attraktivitätsprogramm und davon wird auch nichts zurückgenommen. Es geht immerhin um nichts Geringeres als um gute Arbeit!

Und deshalb dieses Jahr auch raus zu den DGB-Demos zum 1. Mai, um mitzustreiten für: **Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa.** Das ist unser Tag!

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **6/2013 bis zum 26. April 2013** und für die Ausgabe **7/2013 bis zum 31. Mai 2013.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

GdP IM GESPRÄCH

Erstes Gespräch mit Ulrich Watermann (neuer Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) sowie dem SPD-Abgeordneten Karsten Becker, Mitglied des Innenausschusses

Hannover: Der neue innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Watermann, traf sich am Donnerstag, 21. 3. 2013, im Zuge eines Antrittsbesuches mit dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff.

Ulrich Watermann äußerte, dass ihm sehr daran gelegen ist, die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Vergangenheit fortzuführen. Alle polizeilichen Themen wurden angerissen. Dietmar Schilff machte in dem Gespräch deutlich, dass die Beschäftigten der Polizei eine hohe Erwartungshaltung an die neue Landesregierung und an die Regierungsfractionen haben. Insbesondere müsse nun sehr schnell u. a. die Rücknahme der Restriktionen des A11-Erlasses sowie geplante durchgeschlüsselte Stellenhebungen von A 9 nach A 11 in die Polizeiorganisation transportiert werden. Die vor der Landtagswahl getätigten Aussagen müssten auch eingehalten werden, so Schilff. Gerade auch in Hinblick auf die geringen Beförderungsmöglichkeiten in diesem Jahr, sei ein Signal überaus wichtig.

Watermann führte aus, dass es der SPD-Fraktion neben den notwendigen strukturellen Verbesserungen und Rücknahme von Restriktionen, insbesondere auch um die zügige Reform des Polizeigesetzes mit der Schaffung einer auch in der

Fläche präsenten, qualifizierten und transparenten Bürgerpolizei mit einer neuen Polizeikultur gehe. Hier werde man das intensive Gespräch mit der GdP und den Personalvertretungen suchen und ihre Interessen in den Reformvorhaben berücksichtigen. „Die Gewerkschaft der Polizei ist als wichtiger Gesprächspartner in Verbindung mit den Sorgen und Nöten, aber auch den Fragen und Anregungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für mich und meine Arbeit unersetzbar“, erklärte der Innenpolitiker abschließend.

Am Freitag, 22. 3. 2013, machte der neue Landtagsabgeordnete Karsten Becker seinen Antrittsbesuch bei der GdP. Becker ist einziger Polizeibeamter in der SPD-Landtagsfraktion und wird als Mitglied des Innenausschusses die gesamte Themenpalette mitbegleiten. „Inhaltlich gibt es viele Überschneidungen mit den Forderungen der GdP und den mir übermittelten Ansichten von Kolleginnen und Kollegen sowie meiner daraus resultierenden Auffassung. Insbesondere liegt mir am Herzen, die unter dem ehemaligen Innenminister Schönemann zurückgedrehte Beteiligungs- und Diskussionskultur wieder zu stärken“, so Becker. Auch ihm gegenüber übermittelte Dietmar Schilff die notwendigen Verbesserungen in der Polizei. **CH**

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Hinrich Heidemann
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



GESUNDHEIT IN DER POLIZEI

Laserdrucker in der Polizei – Erhöhte Feinstaubwerte bei Druckern festgestellt

Seit über zehn Jahren befasst sich die GdP und der Polizeihauptpersonalrat (PHPR) mit dem Thema erhöhte Emissionswerte bei Laserdruckern. Es gibt etliche Studien, die besagen, dass Feinstaub von Laserdruckern krebserregend sein kann. Klar – und von Fachleuten auch nicht bestritten – ist, dass Lasergeräte wie z. B. Drucker und Kopierer Mikro- und Nanopartikel absondern und zudem auch flüchtige organische Verbindungen und Spuren von Schwermetallen feststellbar sind. Die GdP hat sich auf Bundesebene ebenso wie die GdP Niedersachsen intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Oft wurde eine Gesundheitsgefährdung in Abrede gestellt oder mitgeteilt, dass bei

der Polizei keine dementsprechenden Drucker im Einsatz sind.

Nunmehr ist aufgrund einer aus dem Jahr 2012 stammenden Studie des Bremer Umweltinstitutes für den Bereich der niedersächsischen Justiz ein Drucker identifiziert worden, der auffällige Emissionswerte im Bereich der ultrafeinen Partikel (UFP) aufwies. Diesen Drucker, der Laserdrucker Samsung ML 3471 ND, gibt es auch bei der Polizei. Nach Angaben des MI 371 Stück.

Nachdem dies am 26. 3. 2013 bekannt wurde, hat der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff noch am gleichen Tag bei einem Gespräch mit Innenminister Pistorius den Austausch aller in Frage kommenden Drucker eingefordert. Dieser Forderung ist der Innenminister nachgekommen und hat angewiesen, die besagten Drucker auszusondern. Die GdP hat sich in einem Schreiben für dieses sofortige Handeln bedankt und empfohlen, zu-

künftig nur noch Tintenstrahl- oder Gelddrucker anzuschaffen.

Das Problem ist aber vielschichtiger. Es besteht offensichtlich doch ein, von Verantwortlichen lange bestrittener Zusammenhang zwischen Laserdruckern und Gesundheitsbeeinträchtigungen. Etliche Kollegen/-innen sind selbst betroffen. Deshalb will die Stiftung **nano-control**, deren Vorsitzender ein erkrankter GdP-Kollege aus Hamburg ist, beim Freiburger Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene (IUK Freiburg) eine Studie über die Wirkung von Feinstaub initiieren. Die GdP Niedersachsen hat an die Landesregierung Niedersachsen die Bitte gestellt, zu prüfen, ob sie sich an dieser Studie beteiligen kann. Eventuell könnte dies ja auch länderübergreifend erfolgen.

Unter der Internetadresse www.nano-control.de können weitere Informationen erlangt sowie Ansprechpartner kontaktiert werden. **Red.**

Anzeige

8 Tage Erlebnisreise
vom 15. bis 22. Sept. 2013

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 15.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 16.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 17.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 18.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 19.09. Berg der Kreuze und Bernsteinmuseum
- 20.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 21.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 22.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
ansch. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur



GdP-Mitgliederservice

GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik

Berckhusenstraße 133 a
30625 Hannover
Telefon 0511 / 5 30 38 10
Telefax 0511 / 5 30 38 50
service@gdp-service.de

www.psw-tours.de

Brandenburger: „Die Struktur der Abteilung 5 wird grundsätzlich erhalten bleiben“

Maren Brandenburger ist die erste Präsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Die 45-Jährige ist seit vielen Jahren beim Niedersächsischen Verfassungsschutz tätig und war zuletzt die Pressesprecherin. Im Interview mit der Deutschen Polizei äußerte sie sich zur Zukunft ihrer Behörde.

DP: In welchen Themenfeldern werden Sie in Zukunft Schwerpunkte setzen?

MB: Bereits jetzt ist klar, dass die Gesamtpartei Die Linke nicht mehr beobachtet wird, sondern allenfalls die linksextremistischen Einschlüsse innerhalb der Partei. Auch die öffentlich vielfach kritisierte Einbindung des Verfassungsschutzes in den Bereich der politischen Bildung wird es künftig nicht mehr geben. Der Niedersächsische Verfassungsschutz wird sich im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit auf die Vermittlung von Informationen über die Gefahren des Extremismus konzentrieren. Mit seinen fundierten fachlichen Expertisen stellt sich der Verfassungsschutz Niedersachsen anderen Akteuren als Kooperationspartner zur Verfügung. Einen Schwerpunkt wird die Analyse des gewaltbereiten Rechtsextremismus bilden, aber auch jugendaffine Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, die nicht primär gewaltbereit sind, werden Priorität haben. Der islamistische Extremismus, einschließlich des Salafismus, stellt weiterhin eine große Herausforderung dar, der wir uns stellen.

DP: Wie stellen Sie sich die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Abteilung 5 vor?

MB: Es gibt in Niedersachsen bereits einen intensiven und gut funktionierenden Informationsaustausch von der Sachbearbeiterebene bis hin zur Leitungsebene. Dennoch lässt sich einiges optimieren. Als Konsequenz der Fehler der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem NSU arbeitet derzeit eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene an der Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Ohne den Ergebnissen der AG, an der sich sowohl der Niedersächsische Verfassungsschutz als auch die niedersächsische Polizei beteiligen, vorgreifen zu wollen, möchte ich mehr Gewicht auf eine direkte Zusammenarbeit legen. Vorstellbar wäre der Einsatz von Verbin-



Präsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Frau Maren Brandenburger, und der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schillf **Foto: GdP**

dungsbeamten in besonderen Einsatzlagen und die direkte Unterstützung polizeilicher Verfahren durch den Verfassungsschutz. Weiterhin wird es darauf ankommen, verdeckte Maßnahmen, z. B. den Einsatz von Vertrauenspersonen, noch stärker als bisher abzustimmen. Das gegenseitige Verständnis füreinander soll u. a. durch eine engere Verzahnung im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der Durchführung gegenseitiger Hospitationen gefördert werden.

DP: Wie sehen Sie die Zukunft des Gemeinsamen Informations- und Analysezentrams (GIAZ)?

MB: Das GIAZ gewährleistet als Schnittstelle mit jeweils zwei Mitarbeitern der Polizei und des Verfassungsschutzes einen raschen Austausch von relevanten Informationen zwischen beiden Behörden. Über feste Ansprechpartner ist so die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz gewährleistet. Im Rahmen turnusmäßiger Besprechungen werden wichtige Themen (z. B. Gefährdungslage PKK, Identitäre Bewegung Deutschland, Definition Gefährder/relevante Personen Rechts) mit den jeweiligen Fachleuten erörtert. Dieser intensive Informationsaustausch soll künftig weitergeführt werden.

DP: Wird die bisherige Struktur der Abteilung 5 erhalten bleiben?

MB: Die Struktur der Abteilung 5 wird grundsätzlich erhalten bleiben. Sicherlich wird es jedoch durch die veränderte Prioritätensetzung Verschiebungen und Veränderungen geben. Die konkrete Ausgestaltung dieser inhaltlichen Veränderungen obliegt der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Kommission zur künftigen Gestalt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Dem Ergebnis der Kommission soll jedoch nicht vorgegriffen werden.

DP: Wird es einen Personalabbau geben?

MB: Mutmaßlich ja, über die Details wird im Rahmen der Kommissionsarbeit zu reden sein.

DP: Werden Sie vermehrt Geisteswissenschaftler einstellen?

MB: In einem stärker auf Transparenz ausgerichteten Niedersächsischen Verfassungsschutz werden die bereits hier tätigen Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler wesentlich stärker in die Analyse extremistischer Phänomene eingebunden. Langfristig wäre es sicherlich wünschenswert, bei der Personalauswahl stärker sozialwissenschaftliche Kompetenzen zu berücksichtigen.

DP: In welchen Bereichen der Aus- und Fortbildung werden Sie Schwerpunkte setzen?

MB: Die Analysefähigkeit der Auswerterinnen und Auswerter soll gefördert werden. Dazu werden die Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler stärker in die Aus- und Fortbildung einbezogen. Sie könnten z. B. Lehrmodule über die Ideologie und Propaganda von Extremisten entwickeln. Die besondere Sensibilität im Umgang mit Extremismus muss fortlaufend durch geeignete Schulungen gestärkt werden.

DP: Hat der Verfassungsschutz im NSU-Komplex einige Punkte falsch bewertet? Welche Schlussfolgerungen müssen daraus gezogen werden?

MB: Vom damaligen Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz wurde 1999 im Auftrag des Thüringer Verfassungsschutzes drei Tage lang ein Treffen zwischen einem thüringischen und einem niedersächsischen Rechtsextremisten in Niedersachsen observiert. Der Thüringer Verfassungsschutzbehörde lagen Hinweise vor, dass dieses Treffen dazu dienen könnte, die Unterbringung der zum damaligen Zeitpunkt untergetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe im Ausland vorzubereiten. Erkenntnisse dazu konnten durch die Observation nicht gewonnen werden. Nach heutigem Erkenntnisstand sind diese Informationen damals weder an die Polizei, noch an das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden. Die seinerzeit fehlende länderübergreifende Koordination der zahlreichen, über mehrere Jahre andauernden Maßnahmen von Verfassungsschutz und Polizei, ist nunmehr eindeutig dem Bundesamt für Ver-



GdP IM GESPRÄCH**SENIOREN**

fassungsschutz zugewiesen worden. Das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) soll die Kooperation und Koordination der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus verbessern. Die Kooperation ist damit auf zwei Ebenen gestärkt: zum einen zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden, zum anderen zwischen Bund und Ländern. Der Informationsfluss wird erleichtert, die erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen werden enger aufeinander abgestimmt. Darüber hinaus wurde eine Verbunddatei (Rechtsextremismus-Datei – RED) geschaffen, in der sowohl die Nachrichtendienste als auch die Polizei ihre Informationen über gewaltbezogene Rechtsextremisten einspeisen.

DP: Es soll eine Kommission zur Begutachtung der Abteilung 5 eingerichtet werden. Wie ist der derzeitige Stand der Einrichtung und welche Personen werden daran teilnehmen?

MB: Die Kommission wird derzeit eingerichtet. Sie wird Reformansätze konkretisieren, Überlegungen zur Neuausrichtung prüfen und abschließend Vorschläge unterbreiten, wie der Niedersächsische Verfassungsschutz künftig inhaltlich und strukturell neu auszurichten ist.

URTEIL

GdP begrüßt Verurteilung wegen Polizistenbeleidigung

Hannover: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Niedersachsen begrüßt die Verurteilung eines 28-Jährigen zu vier Monaten Gefängnis wegen mehrfacher Polizistenbeleidigung. Der Mann hatte zu unterschiedlichen Anlässen Beamte beleidigt und bedroht.

Das Amtsgericht Hannover setzte die Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung aus, weil gegen den Täter bereits mehrfach Verurteilungen unter anderem wegen Beleidigung vorlagen. „Das Urteil ist ein positives Zeichen für die Polizei. Meine Kolleginnen und Kollegen sehen sich oft genug Beschimpfungen ausgesetzt, was nicht einfach hingenommen werden darf“, sagt GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff. Von einfachen Beleidigungen bis hin zur übelsten Fäkalsprache sei bei der Wortwahl inzwischen alles dabei, berichtet Schilff. Damit betroffene Polizistinnen und Polizisten besser dagegen vorgehen können, fordert die GdP, den dienstlichen Rechtsschutz innerhalb der Polizei zu verbessern. **CH**

Bericht aus dem Landesseniorenvorstand

Am 20. 3. 2013 trat der Landesseniorenvorstand zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Außer den ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes waren der Landesvorsitzende der GdP Niedersachsen, Dietmar Schilff, Erwin Jark als Bewerber für die Nachfolge im Amt des derzeitigen Landesseniorenvorsitzenden Rudolf Refinger und für die Verhandlungsleitung der im Juni 2013 stattfindenden Landesseniorenkonferenz nominierten Kollegen Willibald Elsner, Ute Werner und Walter Raem erschienen. Auf der Tagesordnung standen u. a.

1. der gewerkschaftliche Situationsbericht des Landesvorsitzenden D. Schilff,
2. die Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Landesseniorenvorsitzenden Erwin Jark,
3. der Durchführungsplan für die 7. Landesseniorenkonferenz sowie die Beratung der zur Konferenz eingegangenen Anträge,
4. Berichte des Landesseniorenvorsitzenden.

Dietmar Schilff informierte über das Verhältnis und die Kontakte des GdP-Landesvorstandes zu den politischen Parteien nach der Landtagswahl vom 20. 1. 2013.

Mit der neuen Landesregierung fanden Gespräche statt, bei denen die GdP ihre Positionen vor allem in den Problemfeldern Besoldung/Versorgung, Ausrüstung, Gebäudesanierung dargelegt hat. Dietmar Schilff betonte, dass die mit der Föderalismusreform eingetretene Uneinheitlichkeit, die zu Erschwernissen und Ungerechtigkeiten in den Polizei-Organisationen der Länder und des Bundes geführt habe, korrigiert werden müsse. Diese Haltung stehe in der GdP-Tradition, denn alle Bundesvorsitzenden seit Hermann Lutz hätten Einheitlichkeit in Besoldung und Versorgung gefordert. Als der schwierigste Teil der Tagesordnung stellte sich die Vorprüfung und Beratung der vom Landesseniorenvorstand und den Bezirksseiniorengruppen zur Landesseniorenkonferenz eingesandten Anträge heraus. Innerhalb der gesetzten Frist waren insgesamt 24 Anträge für die Themenfelder Satzung und Organisation, Versorgung/Besoldung, Rente und Gesellschaftspolitik eingegangen. Die Diskussion war wegen der z. T. recht komplizierten Thematik hartnäckig und zäh. Am späten Nachmittag waren alle froh, das Programm abgearbeitet zu haben. Nun kann die Konferenz einberufen werden. Bis zum 20. 4. 2013 müssen alle ordentlichen und Gastdelegierten der Landesgeschäftsstelle gemeldet sein. Es wird dringend gebeten, den Termin zu beachten, um unsere Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle keine unnötige Arbeit zu verursachen. Wegen der ebenfalls noch in diesem Jahr durchzuführenden Landesjugendkonferenz und dem Landesdelegiertentag ist eine erhebliche Arbeitsbelastung gegeben.

Gerhard Heiermann

7. Landesseniorenkonferenz findet wieder in Jeddigen statt

Der Landesseniorenvorstand hat für die 7. Landesseniorenkonferenz, die vom 13. bis 14. Juni 2013 in Jeddigen stattfindet, das Motto „**Verlässlich in Gegenwart und Zukunft**“ gewählt.

Mit der Landesseniorenkonferenz wird am 14. Juni auch auf 25 Jahre Seniorenarbeit in der GdP Niedersachsen zurückgeblickt. Hierzu sind einige Gäste geladen. Der ehemalige Landesvorsitzende Udo Ahlers wird aus seiner Sicht einen Rückblick auf die zurückliegenden Jahre, die er selbst ja viele Jahre mitgestaltet hat, geben.

Für diese Konferenz sind schon die Vorarbeiten abgeschlossen und die Einladungen werden ab dem 10. Mai an die Kolleginnen und Kollegen versandt. Die 24 Anträge aus allen Bereichen der Seniorenpolitik, die der Konferenz vorge-

legt werden, wurden schon von der Antragsberatungskommission des Landesseniorenvorstandes gesichtet und abschließend beraten. Insgesamt werden 30 ordentliche Delegierte und weitere Gastdelegierte aus den Kreis- und Bezirksgruppen an dieser Konferenz teilnehmen. Die Mitglieder des Landesseniorenvorstandes nehmen mit beratender Stimme an dieser Konferenz teil. Die Delegierten werden den Tätigkeitsbericht des Landesseniorenvorstandes entgegennehmen und nicht nur über die Anträge beraten und beschließen sondern auch einen neuen Landesseniorenvorstand wählen, der für die nächsten vier Jahre die Seniorenarbeit in der GdP Niedersachsen gestalten wird.

Rudi Refinger



Landesjugendvorstand neu gewählt Politik und Prominenz diskutiert mit JUNGER GRUPPE

Hann. Münden. Die JUNGE GRUPPE der GdP Niedersachsen hat einen neuen Vorstand. Die Delegierten der 11. Landesjugendkonferenz bestimmten am 4. April in Hann. Münden einstimmig den Amtsinhaber Kevin Komolka (Bezirksgruppe ZPD) zum Landesjugendvorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende wurden, ebenfalls ohne Gegenstimmen, Corinna Schulz (BG Lüneburg), Enrico Burtz (BG Hannover) und Sebastian Timke (BG Göttingen). Janik Otto (BG Lüneburg) wird dem Landesjugendvorstand als Schriftführer angehören, ebenso wie sein Stellvertreter Marcel Szpadzinski (BG ZPD). Den Vorstand vervollständigenden Kassiererinnen Jennifer Uhl (BG LKA) und ihre Stellvertreterin Maika Zosel (BG ZPD).

Neben den Wahlen sowie dem Geschäfts- und Kassenbericht der vier zurückliegenden Jahre seit der Landesjugendkonferenz 2009 diskutierten die Delegierten und Gastdelegierten zudem zahlreiche Anträge aus den Kreis- und Bezirksgruppen. Der vom Landesjugendvorstand eingebrachte Antrag wurde einstimmig vom Plenum angenommen. Darin fordert die JUNGE GRUPPE ein zukunftsorientiertes und nachhaltiges Personalmanagement des Landes Niedersachsen für die Polizei. Dies soll die Personalentwicklung von der Nachwuchsgewinnung über die Qualifizierung bis hin zum Veränderungsmanagement reichen.

Am Nachmittag des 4. April arbeiteten die Teilnehmenden dann in drei Workshops zu den Bereichen Zukunft der GdP, Planung von Aktionen sowie zur Produktion von Film- und Videoaufnahmen.

Im offiziellen Teil des zweiten Tages der Landesjugendkonferenz konnten zahlreiche Gäste begrüßt werden. Zunächst brachte **Hann. Mündens Bürgermeister Klaus Burhenne** die Vorzüge seiner Drei-Flüsse-Stadt zum Ausdruck. **Volker Kluwe** (zum Zeitpunkt der Konferenz Landespolizeidirektor im LPPBK) beglückwünschte den neuen Vorstand und betonte, dass der Polizeiführung der Dialog im Sinne einer attraktiven Polizei besonders wichtig sei. **Cars ten Rose**, Abteilungsdirektor der Polizeiakademie Niedersachsen, erläuterte, wie sehr aus seiner Sicht die GdP und die Akademie am selben Thema arbeiteten: Nachwuchsgewinnung und Ausbildungsqualität für die Polizei Niedersachsen.

Die GdP-Bundesjugendvorsitzende **Sabrina Kunz** lobte die niedersächsische JUNGE GRUPPE für ihre Aktivitäten, brachte aber auch die Notwendigkeit zum Ausdruck, noch mehr junge Aktive gewinnen zu müssen, weil bald viele Ehrenamtliche der Mutterorganisation aus Altersgründen ausscheiden würden. Der GdP-Landesvorsitzende **Dietmar Schilff** machte in seiner Ansprache klar, dass die Führungskräfte in der Polizei deutlich sagen können müssten, wo der Schuh drücke. Besonders sei dies aus seiner Sicht bei der katastrophalen Beförderungssituation wichtig. Die Diskussionskultur in der Polizei verändere sich allerdings derzeit positiv, berichtete er mit Blick auf die neue Landesregierung. In Richtung Rot-



Das Publikum stellt kritische Fragen an die jugendpolitischen Vertreter.

Grün betonte Schilff, dass mit der GdP eine Kennzeichnungspflicht nicht machbar sei. Insgesamt sprach er sich für eine Gesellschaftspolitik aus, die eine weitere Belastung der Polizei verhindern könne.

Zum Schluss der LJK diskutierte Moderator **Sascha Göritz** auf dem Podium mit **Carolin Jaekel** (Sprecherin Grüne Jugend), **Niklas Drexler** (Landesvorsitzender Junge Liberale), **Knud Hendicks** (stellvertretender Juso-Landesvorsitzender) und **Sebastian Lechner** (Landesvorsitzender Junge Union). Dabei ging es in einer lebhaften Diskussion auch um die Kennzeichnungspflicht, ehrenamtliches Engagement, Streikrecht für Beamte und viele andere Themen mehr. Durch Fragen und Anregungen aus den Reihen der Delegierten und Gäste wurde die Diskussion ergänzt und abgerundet.

Christian Hoffmann



Der neue Landesjugendvorstand der GdP. Von links: Sebastian Timke, Corinna Schulz, Jennifer Uhl, Enrico Burtz, Maika Zosel, Kevin Komolka und Marcel Szpadzinski



Sascha Göritz (Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand) begrüßt die jugendpolitischen Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien.

Fotos: HH



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termincheck

JHV KG Oldenburg-Stadt

Die GdP-Kreisgruppe Oldenburg-Stadt lädt zu ihrer Jahreshauptversammlung am 6. 5. 2013, ab 16.30 Uhr in die Gaststätte „Zum Drögen Hasen“, Drögen-Hasen-Weg 111, 26129 Oldenburg, ein. Es sind alle Kreisgruppenmitglieder herzlich eingeladen. Als Ansprechpartner für Rückfragen steht Marcus Grube zur Verfügung.

Der Vorstand

**Helgolandfahrt –
KG Wasserschutzpolizei**

Die Kreisgruppe Wasserschutzpolizei fährt am Donnerstag, 29. 8. 2013, im Rahmen ihrer Gemeinschaftsveranstaltung auf die Hochseeinsel Helgoland. Treffpunkt ist um 9.00 Uhr am Helgolandkai in Wilhelmshaven. An Bord soll während

der ca. dreistündigen Überfahrt gemeinsam gefrühstückt werden. Die Zeit auf der Insel steht zur freien Verfügung (drei bis vier Std.). Nach der Rückkehr soll der Tag bei einem gemeinsamen Essen in Wilhelmshaven mit einem geselligen Abend ausklingen.

Anmeldungen sind bis Ende Juli erbeten unter vorstand@wsp.gdp-zpd.de.

Weitere Informationen unter www.gdp-zpd.de sowie unter www.cassen-eils.de/destinationen/helgoland/.

Michael Kock

JHV KG Bepo Oldenburg

Der Vorstand der KG Bepo Oldenburg lädt alle Kolleginnen und Kollegen herzlich zur JHV am Donnerstag, dem 16. 5. 2013, 16.00 Uhr, in das Wirtshaus/Café „Buntspecht“, Mittellinie 36, 26160 Petersfehn, ein.

Die Tagesordnung geht den Mitgliedern zeitgerecht und persönlich zu.

Ingo Lowski, Schriftführer

JUNGE GRUPPE Braunschweig

Die JUNGE GRUPPE Braunschweig lädt am 23. 5. 2013 um 16 Uhr zu ihrem Stammtisch-Treffen ein.

Bei gutem Wetter treffen wir uns mit entsprechender Kleidung am Volleyballfeld der BePo Braunschweig. Bei schlechtem Wetter in der Kaffeeküche des T-Zuges der BePo Braunschweig.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Claudia Pracht

Berichte

Tarifseminar der PD Hannover

Freitagmorgen, 1. 3. 2013, trotz bevorstehenden Wochenendes waren die Beschäftigten der PD Hannover nicht zu stoppen, der Drang nach neuen Informationen aus dem Tarifbereich zog uns nach Altenau. Unsere Seminarleiterin Marita

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige

13-Tage-Erlebnisreise vom 22.08. bis 03.09.2013



CHINAS GESICHTER
...ZU LAND UND ZU WASSER ERLEBEN

Auf dieser Reise erleben Sie die poetischen Landschaften Chinas während Ihrer komfortablen Kreuzfahrt auf dem Yangtze. Im Kontrast dazu stehen die großen Kulturschätze der ehemaligen Kaiserstädte Beijing und Xian und das moderne Shanghai. Lassen Sie sich vom heutigen China mit seiner untrennbaren Einheit aus Tradition und Moderne faszinieren.

Preise inklusive Flug ab / bis Frankfurt	
pro Person im Doppelzimmer	1.695,- Euro
Aufpreis Einzelzimmer	315,- Euro
Ausflugspaket „CHINA“	150,- Euro

Mindestteilnehmer: 16 Personen

Reiseverlauf: 22.08. Anreise / 23.08. Beijing: erste Erkundungen / 24.08. Beijing: Kaiserpalast und Himmelstempel / 25.08. Beijing: die Große Mauer / 26.08. Beijing – Xian / 27.08. Xian: die tönernen Arme / 28.08. Xian – Chongqing / 29.-30.08. auf dem Yangtze / 31.08. Yichang – Wuhan / 01.09. Wuhan – Shanghai / 02.09. Shanghai: Altstadt und Yu Garten / 03.09. Rückflug

Leistungen, die überzeugen:

- Flüge ab Frankfurt mit Air China in der Economy-Class bis Beijing/ab Shanghai
- Inlandsflüge in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Ausreisesteuern
- Rundreise/Ausflüge in komfortablen, landestypischen Reisebussen internationalen Standards mit Klimaanlage
- 3 Schiffsübernachtungen auf einem Flusskreuzfahrtschiff in 2-Bett-Außenkabinen (Dusche/WC)
- 8 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 10x Frühstück, 2x Mittagessen, 3x Abendessen
- PSW-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Interessante Stadtrundfahrten in Beijing und Chongqing
- Besichtigung des Drei-Schluchten-Staudamms
- Rasanter Transrapid-Flughafentransfer in Shanghai
- Eintrittsgelder
- Gebeco-Reiseinformationen / Reiseliteratur



GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusestraße 133 a
30625 Hannover
Telefon 0511 / 5 30 38 10
Telefax 0511 / 5 30 38 50
service@gdpservice.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco / *Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 7

Vehrenkamp hatte im wunderschönen Harz ein Hotel für uns gefunden, das auch einen hervorragenden Seminarraum sowie eine phantastische Küche bot. Vorrangig ging es im Seminar um den Sachstand der Entgeltordnung und deren Umsetzung innerhalb der PD Hannover. Die gute Nachricht war, dass im Hinblick auf die Entgeltordnung innerhalb hiesiger Behörde 94 Höhergruppierungen durchgeführt wurden. Für insgesamt 102 Beschäftigte konnte ein finanzieller Vorteil erreicht werden. Anmerken muss man hier, dass die PD Hannover landesweit die fortschrittlichste Behörde diesbezüglich ist. Weitere Themen wie z. B. Freisetzungsprogramm (Weiter-

führung oder Stillstand), befristete Verträge, Neueinstellungen usw. wurden erörtert. Nach einem leckeren Mittagessen führten wir unser Seminar mit dem Thema Personalentwicklungskonzept – auch für die Polizeiverwaltung – fort. Dieses Thema wurde intensiv diskutiert und machte einige Teilnehmer sehr betroffen, da die Anforderungen doch als extrem hoch empfunden wurden.

Aktuell und zugleich deprimierend ist die Entsendung zum Angestelltenlehrgang II. Das Angebot der Lehrgangsplätze ist zu gering. Weiterhin erscheint das durchgeführte Melde- und Auswahlverfahren als unbefriedigend, da die jeweiligen Behörden unterschiedlich verfahren. Hinzu kommt die Problematik der Laufbahnwechsler (Wechsel vom Polizeivoll-

zugs- in den Verwaltungsdienst). Dieses Problem wird uns zukünftig mit der veränderten PDV 300 noch stärker betreffen. Am zweiten Tag – dem 2. 3. – wurde das aktuelle Thema Tarifverhandlungen 2013 und eventuelle Anschlussaktionen erörtert.

Von besonderem Interesse war für uns das GdP-Attraktivitätsprogramm und dessen angestrebte Umsetzung. Gerade im Bereich Gesundheitsmanagement und Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat sich viel getan, so wurde im letzten Jahr das BEM – Betriebliche Eingliederungsmanagement eingeführt. Wir hoffen, dass noch viele Seminare in dieser Form folgen. Auch ihr habt die Möglichkeit, sie zu nutzen!

Die Seminarteilnehmer/-innen



Polizeigeschichte miterlebt

Zeitzeugnisse aus den Anfängen der niedersächsischen Polizei

Polizeigeschichte miterlebt

Die Sammlung „Polizeigeschichte miterlebt – Zeitzeugnisse aus den Anfängen der niedersächsischen Polizei“ ist mitten aus dem Leben gegriffen. Sie bündelt das, was junge Menschen in dieser Gründungsphase der Bundesrepublik erlebt, gedacht und getan haben auf ihrem Weg in die Polizei. 37 Autoren schildern auf insgesamt 432 Seiten ihren Einstieg in den Polizeiberuf während der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte – in einer Zeit, die zunächst von Entbehrungen geprägt war und dann in das sogenannte Wirtschaftswunder mündete.

Der Kern dessen, was die Autorinnen und Autoren schildern, entspricht der Realität jener Jahre. Man wusste, was man nicht wollte. In der Ablehnung der NS-Verbrechen waren sich alle einig. Auch über die Ziele des Neuaufbaus gab es keine Zweifel: Man wollte Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft.

Freundeskreis Braunschweiger Polizeigeschichte, 432 Seiten, 170 Abbildungen Hardcover, ISBN 978-3-00-039992-3, Homepage: www.polizeigeschichte-miterlebt.de/.

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Borchert, Werner	9. 10. 1929	Krs.-Gr. Osterholz-Scharmbeck
Ehlers, Gerd	1. 10. 1940	Krs.-Gr. Lüneburg
Gosch, Klaus-Dietrich	3. 2. 1935	Krs.-Gr. Hannover-Stadt
Jakisch, Wolfgang	28. 8. 1944	Krs.-Gr. Behördenstab ZPD
Kraetzig, Werner	6. 4. 1955	Krs.-Gr. Hannover-Stadt
Krause, Reinhold	27. 10. 1945	Krs.-Gr. Northeim
Lüer, Corinna	7. 3. 1963	Krs.-Gr. Braunschweig
Piotrowski, Hedwig	6. 7. 1925	Krs.-Gr. Rotenburg
Rahn, Grete	11. 8. 1919	Krs.-Gr. Wolfsburg
Winne, Manfred	16. 2. 1935	Krs.-Gr. Helmstedt

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

